

Wahlen im Punjab

Narasimha Raos Rechnung ging auf

von Brigitte Schulze

Die äußeren Umstände vor den Wahlen vom 19. Februar 1992 ähnelten in vielem denen vom Juni 1991. Der Punjab glich mehr denn je einem besetzten Land, zahlreiche Parteien riefen zum Boykott des Urnengangs auf, Khalistanis drohten mit Mord und Terror. Damals hatte die nationale Wahlkommission den Urnengang einen Tag vor dem Termin ausgesetzt und auf unbestimmte Zeit verschoben. Es sei ein zu großes Blutvergießen zu erwarten, lautete die umstrittene Begründung.

1992 fand der Wahlgang jedoch statt, und der diesmal für Parlamentssitze kandidierende 'Congress-(I)' erzielte einen "überragenden" Sieg. Bereits eine Woche nach der Wahl stellte Beant Singh, Parteivorsitzender des 'Congress-(I)' und Sikh, als neuer Regierungschef sein Kabinett in Chandigarh vor. Die Stadt ist gemeinsame Hauptstadt der Bundesstaaten Punjab und Haryana.

Im Landesparlament, der 'Vidhan Sabha' fielen 87 von 117 Sitzen an die Partei des regierenden Premierministers Narasimha Rao. 12 von 13 Wahlkreisen im Unterhaus der indischen Republik, der 'Lok Sabha', gingen an den 'Congress-(I)'. Mit diesem Ergebnis erreichte Narasimha Raos Minderheitsregierung eine wohlkalkulierte Stärkung in der 'Lok Sabha'. Gerade im März war es zu bedrohlichen Kraftproben mit der Opposition aus 'Bharatiya Janata Party' (BJP), 'National Front' und 'Left Front' gekommen. Umstritten ist der eingeschlagene Weg der wirtschaftlichen Liberalisierung mit steigenden Inflationsraten und zunehmender Arbeitslosigkeit.

Im Punjab erfüllten sich allerdings nicht nur die Kalkulationen des 'Congress-(I)', sondern auch die der Khalistanis. Die Hoffnungen der Bevölkerung auf ein friedliches Leben wurden einmal mehr enttäuscht. Im Unterschied zu 1991 war nur eine der 'Akali Dal' Abspaltungen zur Wahl angetreten. Alle anderen Akalis boykottierten den Wahlgang. Die Khalistanis drohten zur Durchsetzung des Boykotts vor allem WählerInnen, die der Religionsgemeinschaft der Sikhs angehören, mit "Bestrafung und Tod", wenn sie ihre Stimmen abgeben würden. Diese Annäherung der Interessen von Akalis und Khalistanis war sicherlich ein wichtiger Grund dafür, daß bei der Februar-Wahl nicht so viele Opfer zu beklagen waren wie im Juni 1991. Selbst am Tag des Wahlgangs blieb es verhältnismäßig ruhig. Wen wundert es, wenn sich in ganzen Regionen kein/e einzige/r WählerIn aus dem Haus traute. Die Wahlbeteiligung war noch nie so niedrig und erreichte im gesamten Punjab durchschnittlich nicht mehr als 28 Prozent. So verhalten Hindus, die die Mehrheit der städtischen Bevölkerung im Punjab bilden, dem 'Congress' zum Wahlsieg. Von der Bevölkerungsmehrheit der Sikhs, die hauptsächlich auf dem Land siedeln, wählte kaum jemand.

Die ebenfalls kandidierenden Politiker der BJP, die aufgrund der politischen Erfolge im Norden der indischen Repu-

blik auch im Punjab auf die Hindu-Wählerschaft geschickt hatten, überzeugten diese mit ihrem hindu-nationalistischen Programm offensichtlich nicht. Der traditionell säkular auftretende 'Congress-(I)' vertrat für die Hindus im Punjab die Garantie für lang ersehnte Ruhe wohl glaubwürdiger. Diese Wahrnehmung kontrastiert krass mit der Auffassung vieler politisch organisierter Sikhs über den 'Congress-(I)'. In Zukunft könnten diese unterschiedlichen Interpretationen Ursache für kommunale Ressentiments und Vorurteile zwischen Hindus und Sikhs werden. Akalis, und auch Khalistanis sehen in der Partei Indira Gandhis, die vor Jahren den Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar befahl, und Rajiv Gandhis, der sich nicht an die Zusicherungen des Gandhi-Longowal-Abkommens hielt, das Grundübel für die Probleme des Punjab.

Insofern stellte das Stattfinden der Wahlen und die Bildung einer Landesregierung im Punjab 1992 für sie eine Farce dar. Ruhe und Frieden werden auf dieser Grundlage nur kosmetisch dünn übertünchter, tiefgreifender Differenzen zwischen dem nördlichen Bundesstaat und New Delhi sicher nicht einkehren.

'President's rule', die Unterstellung des Bundesstaates unter die Zentralregierung, war seit 1987 rund ein dutzendmal verhängt worden. Nun existiere im Punjab wieder 'presidents rule', wenn auch mit demokratischem Anstrich, interpretieren nicht wenige in Indien die Wahl. Sämtliche Probleme, deren Lösung vom Zentrum immer wieder taktierend hinausgeschoben worden war, bestehen nach wie vor - vielleicht dringender denn je. Die Frage der Wasseraufteilung zwischen Punjab und Haryana, die Anerkennung Chandigarhs als alleiniger Hauptstadt des Punjab und schließlich die Bestrafung der zum größten Teil längst bekannten Mörder, die 1984 im Anschluß an den Mord an Indhira Gandhi in Delhi Tausende von Sikhs umgebracht hatten.



Punjab's neuer Ministerpräsident Beant Singh mit Girlande (Foto: Frontline)